

Sarko - Ségo Chronik eines angekündigten Duells

Winfried Veit

Nicolas Sarkozy und Ségolène Royal werden die zweite Runde der französischen Präsidentenwahl am 6. Mai bestreiten. Dieses Ergebnis des ersten Wahlgangs vom 22. April kommt nicht überraschend, lagen beide doch seit Monaten in den Umfragen vorn. Überraschend ist jedoch die Eindeutigkeit ihres Erfolges; bis zuletzt schien es nicht ausgeschlossen, dass der Zentrumskandidat François Bayrou oder gar der Rechtspopulist Jean-Marie Le Pen, wie 2002, in die Stichwahl kommen könnten. Dennoch ist das Ergebnis nicht ohne Widersprüche: einerseits eine Stärkung des Links-Rechts-Schemas in der französischen Politik, andererseits aber mit dem Achtungserfolg von Bayrou möglicherweise ein erstes Anzeichen für dessen Auflösung. Gut für die französische Demokratie sind nach Jahren der Politikverdrossenheit und Wahlmüdigkeit die sehr hohe Wahlbeteiligung und das schlechte Abschneiden des rechtsextremen Front National.

Das Ergebnis

Kandidat	Prozent
Nicolas Sarkozy (UMP)	31,2
Ségolène Royal (PS)	25,9
François Bayrou (UDF)	18,6
Jean-Marie Le Pen (FN)	10,4
Olivier Besancenot (LCR-trotzk.)	4,1
Philippe de Villiers (MPF-rechtsnational)	2,2
Marie-George Buffet (PC-kommun.)	1,9
Dominique Voynet (Grüne)	1,6
Arlette Laguiller (LO-trotzk.)	1,3
Josè Bové (Antiglobalis.)	1,3
Frédéric Nihous (Jäger)	1,1
Gérard Schivardi (PT-trotzk.)	0,3

Gewinn für die Demokratie, Stärkung der großen politischen Lager

Mit einer Wahlbeteiligung von fast 85 Prozent wurde bei diesem ersten Durchgang der Präsidentenwahl der seit über zwanzig Jahren anhaltende Trend in die Wahlenthaltung gestoppt; zuletzt war eine ähnliche Beteiligung bei der Präsidentenwahl im Jahre 1974 zu verzeichnen. Seitdem war die Zahl der Nichtwähler konstant gestiegen: von 18,9 und 18,6 Prozent in den Jahren 1981 und 1988 auf 21,6 % 1995, um schließlich 2002 mit 29 % ihren Höhepunkt zu erreichen. Diese Entwicklung hatte mit dem rapide abnehmenden Vertrauen der Franzosen in ihre politische Elite und deren Unfähigkeit zu tun, den Niedergang Frankreichs zu stoppen und seine wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme zu lösen. In einer groß angelegten Untersuchung des Politikinstituts CEVIPOF erklärten im Februar dieses Jahres 61 Prozent der Befragten, weder Vertrauen in die Linke noch in die Rechte zu haben, das Land zu regieren. Und waren es in den neunziger Jahren noch überwiegend die unteren sozialen Schichten, die entweder gar nicht oder extrem (rechts oder links) wählten, so hat die Vertrauenskrise inzwischen auch die Mittelklasse und die intellektuellen Zirkel erreicht.

Neben der zunehmenden Wahlmüdigkeit war die Flucht in die Extreme ein weiteres Zeichen für die Krise des politischen Systems und die Abwendung der Wähler von den großen demokratischen Parteien. Am signifikantesten war der anscheinend unaufhaltsame Aufstieg des Jean-Marie Le Pen, Vorsitzender des rechtsextremen Front National (FN): von 14,4 Prozent im Jahre 1988 kletterte er über 15 % 1995 auf schließlich 16,9 Prozent bei den letzten Wahlen 2002 und warf damit den sozialistischen Kandidaten Lionel Jospin aus dem Rennen. Sein Absturz auf jetzt 10,4 Prozent bedeutet einen herben Rückschlag, doch bleibt der FN eine politische Größe, deren Themen in diesem Wahlkampf zum Teil von den anderen Kandidaten übernommen wurden. Ähnlich, wenn auch nicht ganz so hart, hat es die „Linke der Linken“ getroffen, wie man in Frankreich die Parteien links von der Sozialistischen Partei (PS) bezeichnet (Kommunistische Partei und trotzkistische Gruppen); deren Kandidaten fielen von 14 Prozent im Jahre 2002 auf neun Prozent in diesem Jahr zurück.

Ob dies alles schon eine grundlegende Wende und ein stärkeres politisches Engagement der Bürger bedeutet, darf allerdings bezweifelt werden, denn die Franzosen haben in den Worten des Philosophen Marcel Gauchet „nicht die Angewohnheit, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln und sich in Parteien oder Gewerkschaften zu engagieren. Sie zählen auf ihre verschiedenen Eliten, gegen die sie zur gleichen Zeit unaufhörlich protestieren. Wenn sie sich mobilisieren, dann um sich zu verweigern“.

Dies kann man vom jetzigen Wahlgang allerdings nicht behaupten; er bedeutet im Gegenteil eine Stärkung der beiden großen demokratischen Lager. Der Unterschied zu 2002 macht die Dimension deutlich: während vor fünf Jahren der amtierende Staatspräsident Jacques Chirac und sein sozialistischer Premierminister Lionel Jospin gemeinsam auf lediglich 36 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang kamen, sind es diesmal 57 Prozent für den konservativen Kandidaten Nicolas Sarkozy und seine sozialistische Kontrahentin Ségolène Royal. Sarkozy erreichte auf Anhieb 31,2 Prozent der Stimmen; das beste Ergebnis von Jacques Chirac bei seinen vier Kandidaturen seit 1981 waren 20,8 Prozent im Jahre 1995. Nicht ganz so glanzvoll steht Royal da, aber immerhin erzielte sie mit 25,9 Prozent exakt das

gleiche Ergebnis wie François Mitterrand 1981 und sie übertrumpft ihren Vorgänger Jospin, der 1995 auf 23,3 und 2002 auf nur lamentable 16,2 Prozent kam. Was sind die Gründe für diese Konzentration der politischen Kräfte, sieht man einmal vom Achtungserfolg für den Zentrums kandidaten François Bayrou ab?

- Auf Seiten von Royal war es sicherlich in erster Linie die Parole vom „nützlich wählen“ (vote utile). Vor allem ihr Lebensgefährte, Parteichef François Hollande, hatte seit langem immer wieder an das Trauma des 21. April 2002 erinnert, als Lionel Jospin wegen der Vielzahl linker Kandidaten aus dem Rennen schied. Ironie der Geschichte: der in den Augen Jospins Hauptverantwortliche für das Desaster, der frühere sozialistische Innenminister Jean-Pierre Chevènement, der seinerzeit fünf Prozent erhalten hatte, fungiert jetzt als Berater von Royal. Dennoch gab es auch bei dieser Wahl noch fünf weitere linke Kandidaten, doch die Wähler strafte sie weitgehend mit Missachtung und setzten direkt auf die einzige chancenreiche Kandidatin.
- Auf Seiten Sarkozys liegt ein wichtiger Grund für seinen Triumph in der Tatsache, dass ihm ein starker Einbruch in die Wählerschaft des Front National gelang, für die Chirac eine Art Buhmann war. Sarkozy griff Themen aus dem rechtsnationalen Spektrum auf, machte zuletzt den Begriff der „nationalen Identität“ zu einer zentralen Wahlkampfparole und schreckte – gerade in Sachen Migration, Integration und Kriminalität – auch, wie er selbst sagte, vor dem „politisch Unkorrekten“ nicht zurück.
- Schließlich profitierten beide Kandidaten von einem Phänomen, das auch andernorts bekannt ist: sie übernahmen Themen aus anderen politischen Lagern, so vor allem Sarkozy von Le Pen, der sich am Wahlabend damit tröstete, dass er weitgehend die Wahlthemen bestimmte, und zwar über das rechte Lager hinaus bis hin zu den Vorstellungen von Ségolène Royal über den Umgang mit jugendlichen Straftätern oder ihre Forderung nach Beflagung der Häuser am 14. Juli. Das gleiche gilt für die Grünen, von deren Schwäche vor allem Royal profitierte; noch nie waren ökologische Themen so selbstverständlich im Wahlprogramm praktisch aller Kandidaten vertreten und noch wie waren die Grünen so schwach. Ihre Kandidatin Dominique Voynet, früher Umweltministerin unter Jospin, kam auf klägliche 1,6 Prozent, während sie 2002 mit Noël Mamère noch 5,2 % eingefahren hatten.

Kein Blankoscheck für die zweite Runde

Doch die Stärke des ersten könnte leicht zur Schwäche des zweiten Wahlgangs werden. Dies gilt für beide Kandidaten, wobei die Ausgangslage dem Anschein nach zunächst Sarkozy begünstigt: Die Wahlen haben laut „Le Monde“ den „anhaltenden Rechtstrend der französischen Gesellschaft deutlich gemacht, und zwar nicht nur in Bezug auf die Wahlen sondern auch was Werte und Erwartungen anbelangt“. Front National und die zentristische UDF eingerechnet, hätten 63 Prozent für die Rechte gestimmt und nur 37 Prozent für die Linke – ihr schlechtestes Ergebnis seit 1974. Beide Kandidaten haben zwar ihr erklärtes Wahlziel erreicht, die Mobilisierung des jeweils eigenen Lagers, aber dafür ist das Reservoir, aus dem die zusätzlichen Stimmen für den Sieg in der zweiten Runde kommen müssen, vor allem für Ségolène Royal sehr klein. Sie hat zwar noch in der Wahlnacht die Unterstützung praktisch aller übrigen Linkskandidaten und der Grünen erhalten, doch das reicht bei

weitem nicht. Selbst wenn sie das linke Potential von 37 % voll ausschöpft, braucht sie die überwiegende Mehrzahl der Stimmen, die auf den zentristischen Kandidaten François Bayrou entfielen.

Dieser erweist sich damit als Schlüsselfigur für den zweiten Wahlgang, denn auch Sarkozy hat Unterstützung aus dem zentristischen Lager nötig. Er kann nach Umfragen zwar mit 60 bis 75 Prozent der Le Pen-Stimmen und mit den meisten Wählern des rechtskonservativen Europaabgeordneten Philippe de Villiers (2,2 %) rechnen, doch damit kommt er auch nur auf etwas über 40 Prozent. Dazu kommt, dass de Villiers sich weigert, eine Wahlempfehlung abzugeben; Le Pen will dies vielleicht am 1. Mai tun. Der Kampf um die zentristischen Stimmen (18,6 %) wird also der Schlüssel für die Entscheidung um die Präsidentschaft. Bayrou hat in der Wahlnacht bekräftigt, dass er am Ziel einer autonomen dritten Kraft zwischen der PS und der UMP (Union pour un mouvement populaire) festhalten werde. Sein Wahlergebnis feierte er als eine Art „Fall der Berliner Mauer“, womit er das Aufbrechen des traditionellen und durch das geltende Mehrheitswahlrecht bei den Parlamentswahlen fest verankerten Links-Rechts-Schemas meint. Will er diesen Kurs durchhalten und für Koalitionen nach allen Seiten offen sein, kann er sich schlecht auf einen Kandidaten festlegen.

Doch Bayrou und sein Lager werden bis zum 6. Mai von beiden Seiten in die Zange genommen werden. Auch dabei hat Sarkozy dem Anschein nach die besseren Karten: Bayrous UDF (Union pour la démocratie française) gilt traditionell dem rechten Lager zugehörig und war auch lange Zeit in der Regierung vertreten. Bayrou selbst diente in den konservativen Regierungen Balladur und Juppé von 1993-1997 in der wichtigen Funktion des Erziehungsministers. Erst nach den Wahlen von 2002 begann er mit seiner Emanzipationsstrategie bis hin zur direkten Konfrontation mit der UMP-Regierung von Dominique de Villepin. Doch dieser Kurs stößt im eigenen Lager nicht nur auf Zustimmung: verschiedene ehemalige und aktuelle UDF-Größen haben zur Wahl von Sarkozy aufgerufen, darunter der UDF-Gründer und ehemalige Staatspräsident Giscard d'Estaing, die hoch angesehene frühere Europaparlamentspräsidentin Simone Veil und der derzeitige Erziehungsminister de Robien. Vor allem aber verfügt Sarkozy über eine scharfe Waffe: die etwa 30 UDF-Abgeordneten in der Nationalversammlung müssen bei den Parlamentswahlen am 10. und 17. Juni um ihre Wiederwahl bangen, wenn sie sich nicht für Sarkozy aussprechen. Denn die meisten von ihnen konnten wegen des Mehrheitswahlrechts nur in das Parlament einziehen, weil die UMP keine Gegenkandidaten aufstellte. Nun droht man unverhohlen jedem, der nicht für Sarkozy ist, den Entzug dieser Unterstützung an.

Nach verschiedenen Umfragen noch in der Wahlnacht würden zwischen 39 und 54 Prozent der Bayrou-Wähler für Sarkozy stimmen, um die 45 Prozent für Royal. Das würde für Sarkozy reichen. Doch Ségolène Royal verfügt ebenfalls über eine scharfe Waffe: sie heißt „Alles, nur nicht Sarkozy“ (Tout sauf Sarkozy) und gibt eine weit verbreitete Stimmung wieder, die in dem ehemaligen Innenminister nichts weniger als eine Gefahr für die Demokratie sieht. Den Ton gab in der Wahlnacht der Royal-Getreue Chevènement an, der sagte: „mit Sarkozy kann man nicht atmen“. Besancenot erklärte den 6. Mai zum „Anti-Sarko-Referendum“ und der Antiglobalisierungs-Haudegen José Bové erklärte, dass es am 6. Mai nur darum ginge, Sarkozy zu schlagen. Jetzt rächen sich möglicherweise die forschen Aktionen des langjährigen „obersten Polizisten“ und sein teilweise rüdes Auftreten, vor allem

während der Vorstadtunruhen vom Herbst 2005. Und sein erfolgreiches Fischen im rechtsextremen Teich könnte jetzt zum Bumerang werden, wenn ihm allzu große Nähe zu den Rechtsextremisten unterstellt wird.

Andererseits gibt es eben den von „Le Monde“ erwähnten Rechtstrend in der französischen Gesellschaft und gerade Ségolène Royal hat mit durchaus konservativen Vorstellungen vor allem in den Bereichen Familie, Erziehung und innere Sicherheit erfolgreich viele Wähler angesprochen. So könnte sie für manche Rechtswähler durchaus akzeptabel sein, für die Sarkozy zu sehr den harten Mann markiert, obwohl er seit Beginn seiner Kampagne am 14. Januar fast verzweifelt sich bemühte, diesen Eindruck abzumildern. Damals bekannte er vor 80 000 Anhängern: „Ich habe mich geändert. Ich habe mich geändert, weil in dem Augenblick, in dem ihr mich zum Kandidaten gemacht habt, ich aufgehört habe, der Mann einer einzigen Partei zu sein“. Das scheint ihm die Mehrheit der Franzosen abzunehmen, denn nach den ersten Umfragen in der Wahlnacht würde er Ségolène Royal mit 52 bis 54 Prozent der Stimmen schlagen. Doch das ist nur eine Momentaufnahme; der Ausgang der Wahl am 6. Mai ist offen.